Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)

vom 6. Oktober 1997

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 11 Absätze 1 und 2, 35 Absatz 3, 46–48, 62 und 69 des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997¹ (FMG),

verordnet:

1. Kapitel: Begriffe

Art. 1

In dieser Verordnung bedeuten:

- a. Teilnehmerinnen/Teilnehmer: Kundinnen und Kunden, die mit einer Anbieterin von Fernmeldediensten einen Vertrag über die Inanspruchnahme dieser Dienste geschlossen haben;
- b. Mietleitung: Bereitstellen von Übertragungskapazität im Sinne der ONP-Richtlinie 92/44/EWG des Rates vom 5. Juni 1992² zur Einführung des offenen Netzzugangs bei Mietleitungen.

2. Kapitel: Konzessionen für Fernmeldedienste

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 2 Umfang des Fernmeldedienstes

Keinen Fernmeldedienst erbringt namentlich, wer Informationen überträgt:

- a. innerhalb eines Gebäudes;
- b. auf einer Liegenschaft, auf zwei aneinandergrenzenden Liegenschaften oder auf zwei einander gegenüberliegenden Liegenschaften, die durch eine Strasse, einen Weg, eine Bahnlinie oder einen Wasserlauf getrennt sind;
- c. innerhalb ein und desselben Unternehmens, zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften oder innerhalb eines Konzerns.

SR 784.101.1

¹ SR 784.10. AS 1997 2187

² Abl. Nr. L 165 vom 19.6.1992, S. 27, geändert durch den Beschluss 94/439 (Abl. Nr. L 181 vom 15.7.1994) der Kommission. Der Text der Richtlinie kann nach der Gebührenverordnung EDMZ vom 21. Dezember 1994 bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern, oder beim Schweizerischen Informationszentrum für technische Regeln (switec), Muhlebachstrasse 54, 8008 Zürich, bezogen werden.

Art. 3 Ausnahmen von der Konzessions- und Meldepflicht

Von der Konzessions- und Meldepflicht ausgenommen sind ausländische Anbieterinnen von internationalen Fernmeldediensten, die ihre Verbindungen in der Schweiz durch andere gemeldete oder konzessionierte Fernmeldedienstanbieterinnen beenden lassen.

Art. 4 Nutzung des Funkfrequenzspektrums

¹ Anbieterinnen, die zur Erbringung ihrer Dienste das Funkfrequenzspektrum nutzen, wird die Funkkonzession im Rahmen der Dienstkonzession erteilt. Dabei kommen die funktechnischen Bestimmungen der Verordnung vom 6. Oktober 1997³ über Frequenzmanagement und Funkkonzessionen zur Anwendung.

² Die Anbieterinnen haben nachzuweisen, dass die Konzessionserteilung wirksamen Wettbewerb weder beseitigt noch erheblich beeinträchtigt. Sie haben die geschäftliche Planung für die ganze Dauer der Konzession auszuweisen und ihre Beteiligungsverhältnisse offenzulegen.

2. Abschnitt: Konzessionsvoraussetzungen**Art. 5** Technische Fähigkeiten und Dienstebeschrieb

¹ Die Gesuchstellerin hat ein Konzept über ihre technische Planung und ihre Dienste einzureichen.

² Der technische Teil enthält Angaben über die Sicherstellung gesetzlicher Verpflichtungen wie Nummernportabilität, freie Wahl der Dienstanbieterin für nationale und internationale Verbindungen, Notrufe, Zugang zu den Verzeichnissen und Überwachung des Fernmeldeverkehrs und Sicherstellung der End-zu-End-Kommunikationsfähigkeit (Art. 37).

³ Die Gesuchstellerin bezeichnet eine technisch verantwortliche Person.

⁴ Der Diensteteil enthält die Beschreibung der vorgesehenen Dienste.

Art. 6 Grundversorgungskonzession

Die Bewerberin einer Grundversorgungskonzession hat in ihrem Konzept zusätzlich die geschäftliche Planung für die ganze Dauer der Konzession unter Angabe der angenommenen Preise und der vorgesehenen Investitionen einzureichen.

³ SR 784.102.1: AS 1997 2868

3. Abschnitt: Konzessionsverfahren

Art. 7 Konzessionserteilung auf Gesuch

Wer eine Konzession erwerben will, muss beim Bundesamt für Kommunikation (Bundesamt) ein schriftliches Gesuch einreichen. Die Gesuchstellerin hat darin alle Angaben zu machen, die für die Prüfung des Gesuchs, der Konzessionsvoraussetzungen und den Inhalt der Konzession erforderlich sind.

Art. 8 Ausschreibung der Konzession

¹ Die Ausschreibung einer Konzession nach Artikel 14 Absatz 2 oder 24 Absatz 1 des FMG wird mit Angabe der Eingabefrist im Bundesblatt veröffentlicht. Die Ausschreibungsunterlagen können beim Bundesamt angefordert werden. Sie enthalten die Entscheidungskriterien und deren Gewichtung.

² Ist die Eingabe unvollständig oder mangelhaft, so kann das Bundesamt eine Frist zur Nachbesserung ansetzen.

Art. 9 Kriterienwettbewerb oder Auktion

¹ Die Konzessionsbehörde legt fest, ob der Zuschlag aufgrund eines Kriterienwettbewerbs oder einer Auktion erfolgt. Der Auktion kann eine Vorselektion vorausgehen.

² Grundversorgungskonzessionen werden in jedem Fall als Kriterienwettbewerbe ausgeschrieben.

Art. 10 Konzessionserteilung

¹ Findet ein Kriterienwettbewerb statt, so beurteilt die Konzessionsbehörde die Eingaben anhand der in den Ausschreibungsunterlagen aufgeführten und gewichteten Entscheidungskriterien. Sie kann zur Beurteilung unabhängige Fachleute beiziehen. Für das Beurteilungsverfahren werden kostendeckende Verwaltungsgebühren erhoben.

² Findet eine Auktion statt, so erhält die Bewerberin mit dem höchsten Angebot den Zuschlag.

Art. 11 Dauer

¹ Die Konzessionsbehörde legt die Dauer der Konzessionen so fest, dass sie der mittleren markt- und branchenüblichen Abschreibungsdauer des Konzessionsgegenstandes entspricht.

² Die Konzessionärin hat die Erneuerung der Konzession mindestens sechs Monate vor deren Ablauf bei der Konzessionsbehörde schriftlich zu verlangen.

Art. 12 Erteilung der Grundversorgungskonzession

¹ Die Grundversorgungskonzession wird der Bewerberin erteilt, die keinen Investitionsbeitrag verlangt und die Entscheidungskriterien am besten erfüllt.

² Beanspruchen alle Bewerberinnen einen Investitionsbeitrag, so erhält diejenige den Zuschlag, deren Ausschreibungsangebot das vorteilhafteste Verhältnis zwischen angebotener Leistung und benötigten Investitionsbeiträgen aufweist.

³ Neue Grundversorgungskonzessionen sind nach erfolgter Ausschreibung spätestens sechs Monate vor Ablauf der geltenden zu erteilen.

4. Abschnitt: Mietleitungen**Art. 13** Verpflichtung und technische Vorschriften

¹ Sind die im Anhang zur ONP-Richtlinie 92/44/EWG des Rates vom 5. Juni 1992⁴ umschriebenen Typen von Mietleitungen in einem bestimmten Gebiet trotz entsprechender Nachfrage nicht oder nur teilweise verfügbar, so verpflichtet die Konzessionsbehörde Konzessionärinnen von Fernmeldediensten mittels nachträglicher Konzessionsauflage zum Anbieten der entsprechenden Mietleitungen in ihrem Gebiet. Sie richtet sich dabei nach der im entsprechenden Gebiet bereits vorhandenen Infrastruktur und verpflichtet die geeignetste Konzessionärin.

² Das Erbringen von Mietleitungen muss die Punkt-zu-Punkt-Verbindung sicherstellen.

³ Ist ein bestimmtes Gebiet durch keine Konzessionärin versorgt, so verpflichtet die Konzessionsbehörde die geeignetste Konzessionärin mit der nächstgelegenen Infrastruktur.

⁴ Das Bundesamt legt die technischen Vorschriften für Schnittstellen und Dienstqualität fest.

Art. 14 Rechnungslegung und Tarife

¹ Konzessionärinnen, die zur Bereitstellung von Mietleitungen verpflichtet sind, rechnen diese getrennt von den übrigen Geschäftsbereichen ab. Die Tarife müssen kostenorientiert festgesetzt werden (Art. 12 FMG). Das Kostenrechnungssystem richtet sich nach den Grundsätzen für die Interkonnektion.

² Die Tarife und Lieferbedingungen sind der Konzessionsbehörde mitzuteilen. Sie können nach Artikel 13 des FMG vom Bundesamt veröffentlicht werden.

⁴ Abl. Nr. L 165 vom 19.6.1992, S. 27, geändert durch den Beschluss 94/439 (Abl. Nr. L 181 vom 15.7.1994) der Kommission. Der Text der Richtlinie kann nach der Gebührenverordnung EDMZ vom 21. Dezember 1994 bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern, oder beim Schweizerischen Informationszentrum für technische Regeln (switec), Mühlebachstrasse 54, 8008 Zürich, bezogen werden.

5. Abschnitt: Grundversorgung

Art. 15 Dienste der Grundversorgung

¹ Die Grundversorgung umfasst folgende Dienste (Art. 16 FMG):

- a. Anschluss: Anschluss für Sprachübertragung in Echtzeit und Datenübertragung mit niedriger Übertragungsrate über den Sprachkanal oder einen digitalen Kanal, Tontastenwahl, Haupteintrag im Teilnehmerverzeichnis;
- b. Zusatzdienste: Auskunft über unerbetene Anrufe, Anrufumleitung, Identifikationsunterdruckung, Gebührennachweis, Gebührenauszug, Sperren abgehender Verbindungen;
- c. Notruf: Leitweglenkung der eingehenden Notrufe an die zuständigen Alarmzentralen (Nummern 112, 117, 118, 143, 144) einschliesslich derjenigen Daten, die zur Identifikation des Standortes der anrufenden Stelle notwendig sind;
- d. Verzeichnisse: Zugang nach Wahl der Benutzerin und des Benutzers gegen Entgelt zu den Teilnehmereinträgen in den Verzeichnissen aller Anbieterinnen von Grundversorgungsdiensten in der Schweiz in elektronischer Form oder über eine Sprachauskunft in den drei Amtssprachen; für blinde Personen ist dieser Zugang unentgeltlich über eine Sprachauskunft in den drei Amtssprachen zu gewähren;
- e. öffentliche Sprechstellen: öffentliche Sprechstellen an Orten, an denen ein ausgewiesenes Bedürfnis besteht, beispielsweise an Bahnhöfen, bei Poststellen, in Spitälern, Flughäfen, mindestens jedoch eine öffentliche Sprechstelle pro politische Gemeinde; öffentliche Sprechstellen dürfen nur mit Zustimmung der Konzessionsbehörde aufgehoben werden;
- f. Vermittlungsdienst für Hörbehinderte: unentgeltliches Bereitstellen eines Transkriptionsdienstes für Hörbehinderte einschliesslich des Notrufes rund um die Uhr zum Tarif der günstigsten Tarifzone;
- g. Vermittlungsdienst für Sehbehinderte: unentgeltliches Bereitstellen eines Verbindungsdienstes für Sehbehinderte und Blinde.

² Das Bundesamt bezeichnet die einzuhaltenden Spezifikationen am Dienstzugriffspunkt. Diese richten sich nach international harmonisierten Normen.

Art. 16 Anschlusspunkt

¹ Der Anschlusspunkt befindet sich im Gebäude der Teilnehmerin oder des Teilnehmers. Von ihm aus muss die Kommunikation mit anderen Fernmeldeanlagen möglich sein.

² Hausinstallationen sind nicht Teil des Anschlusspunktes.

Art. 17 Anschlüsse ausserhalb des Siedlungsgebietes

¹ Verursacht das Erstellen oder Unterhalten eines Anschlusses ausserhalb des Siedlungsgebietes besonders hohe Kosten oder ist die Gewährleistung des vorgeschriebenen Grundversorgungsangebots besonders aufwendig, so kann die Bestellerin oder der Besteller verpflichtet werden, einen Teil der Kosten zu übernehmen, oder es kann der Leistungsumfang reduziert werden.

² Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Departement) regelt die Einzelheiten.

Art. 18 Notruf

¹ Der Zugang zu den Notrufdiensten (Nummern 112, 117, 118, 143, 144) muss von jedem Telefonanschluss, einschliesslich der öffentlichen Sprechstellen, ohne Benutzung eines Zahlungsmittels gewährleistet sein. Für die Nummer 143 kann eine Pauschalgebühr von 20 Rappen erhoben werden.

² Die Standortidentifikation der Rufenden muss ausser bei der Nummer 143 online gewährleistet sein, soweit es die gewählte Technik zulässt. Dies gilt auch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die auf einen Eintrag im öffentlichen Verzeichnis verzichtet haben (Art. 21 Abs. 3 FMG). Polizei und Feuerwehr können weitere Nummern ihrer Notdienste bezeichnen, bei denen diese Standortidentifikation zu garantieren ist.

³ Das Bundesamt kann Vorschriften für die Leitweglenkung und die Standortidentifikation der Notrufe erlassen.

Art. 19 Verzeichnisse

¹ Der Eintrag in das Verzeichnis der Teilnehmerinnen oder Teilnehmer von Diensten der Grundversorgung enthält mindestens den Namen und Vornamen oder den Firmennamen, die vollständige Adresse und die Rufnummer.

² Soweit keine Verwechslungsgefahr mit anderen im Verzeichnis aufgeführten Personen entsteht, können die Teilnehmerinnen oder Teilnehmer verlangen, dass Vorname und Adresse in abgekürzter Form ohne Kostenfolgen ins Verzeichnis aufgenommen werden.

³ Die Anbieterinnen von Diensten der Grundversorgung sind nicht verpflichtet, einen Eintrag auf seine Richtigkeit zu prüfen. Sie können einen Eintrag, der offensichtlich unrichtig ist oder einem rechtswidrigen Zweck dient, ablehnen oder aus dem Verzeichnis entfernen.

⁴ Das Bundesamt bezeichnet die bei der Interkonnektion von und beim Zugang zu elektronischen Verzeichnissen anwendbaren Normen.

6. Abschnitt: Pflichten der Grundversorgungskonzessionärin

Art. 20 Leistungspflicht

Die Grundversorgungskonzessionärin ist verpflichtet, alle Dienste der Grundversorgung während der ganzen Dauer der Konzession zu erbringen.

Art. 21 Qualitätskriterien

¹ Die Dienste der Grundversorgung müssen im Jahresdurchschnitt in allen Teilen des Konzessionsgebiets folgenden Qualitätskriterien entsprechen:

- a. Frist für die Inbetriebsetzung eines Anschlusses;
- b. Sprachübertragungsqualität;
- c. Fehlermeldung pro Anschluss und Jahr;
- d. Reparaturzeit;
- e. Häufigkeit des erfolglosen Verbindungsaufbaus infolge Netzüberlastung oder Netzfehler;
- f. Verbindungsaufbauzeit;
- g. Reaktionszeiten bei vermittelten Diensten;
- h. Reaktionszeiten bei Auskunftsdiensten;
- i. Anteil betriebsbereiter öffentlicher Sprechstellen;
- k. Abrechnungsgenauigkeit.

² Das Bundesamt regelt die technischen Einzelheiten und setzt die Zielwerte fest. Es orientiert sich dabei am technischen Ausbaustand Ende 1997 und berücksichtigt die technologische Entwicklung.

Art. 22 Veröffentlichung der Preise

Die Preise für die Dienstleistungen der Grundversorgung müssen vollständig und in transparenter Weise veröffentlicht werden.

Art. 23 Preisobergrenzen

¹ Ab dem 1. Januar 1998 gelten folgende Preisobergrenzen:

- a. Anschluss (Art.15 Abs. 1 Bst. a): 25 Franken pro Monat;
- b. Verbindungen im Nahbereich (innerhalb des Ortsnetzes oder bei einer Entfernung bis ca. 10 km): 10 Rappen für die folgenden vollen oder angebrochenen Zeitabschnitte:
 1. Montag bis Freitag zwischen 8 und 17 Uhr und zwischen 19 und 21 Uhr (Normaltarif): 90 Sekunden,
 2. Montag bis Freitag zwischen 6 und 8 Uhr, zwischen 17 und 19 Uhr und zwischen 21 und 23 Uhr sowie Samstag, Sonntag und allgemeine Feiertage zwischen 6 und 23 Uhr (Niedertarif): 180 Sekunden,
 3. alle Tage zwischen 23 und 6 Uhr (Nachtтарif): 360 Sekunden;
- c. Verbindungen im Fernbereich (ausserhalb des Ortsnetzes oder bei einer Entfernung über ca. 10 km): 10 Rappen für die folgenden vollen oder angebrochenen Zeitabschnitte:
 1. Montag bis Freitag zwischen 8 und 17 Uhr und zwischen 19 und 21 Uhr (Normaltarif): 24 Sekunden,
 2. Montag bis Freitag zwischen 6 und 8 Uhr, zwischen 17 und 19 Uhr und zwischen 21 und 23 Uhr sowie Samstag, Sonntag und allgemeine Feiertage zwischen 6 und 23 Uhr (Niedertarif): 48 Sekunden,
 3. alle Tage zwischen 23 und 6 Uhr (Nachtтарif): 96 Sekunden;
- d. Zuschlag für die Benutzung einer öffentlichen Sprechstelle: 40 Rappen.

² Als allgemeine Feiertage gelten der 1. und der 2. Januar, der Karfreitag, der Ostermontag, die Auffahrt, der Pfingstmontag, der 1. August, der 25. und der 26. Dezember.

³ Die Preise für die Verbindung zu Nah- und Fernbereich müssen von öffentlichen Sprechstellen dieselben sein wie für alle übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am öffentlichen Telefondienst.

Art. 24 Anpassung der Preisobergrenzen

¹ Ab 1. Januar 1999 werden die Preisobergrenzen jährlich der Veränderung des Konsumentenpreisindex des Vorjahres angepasst.

² Bei Senkungen der Preisobergrenzen muss die Konzessionärin ihre Preise spätestens auf den 1. Februar anpassen.

³ Die Konzessionärin meldet dem Bundesamt alle Änderungen ihrer Tarife.

3. Kapitel: Inanspruchnahme von Grund und Boden

Art. 25 Koordination mit anderen Bauvorhaben

¹ Die Eigentümerinnen und Eigentümer können die Bewilligung zur Benutzung von Boden im Gemeingebrauch mit der Auflage versehen, dass die Konzessionärin ihr Bauvorhaben mit einem anderen zusammenlegt, sofern das Vorhaben innert drei Monaten realisiert und die vorübergehende Beeinträchtigung der widmungsgemässen Nutzung der betreffenden Grundstücke durch die Zusammenlegung wesentlich verringert wird.

² Sie können von der Konzessionärin verlangen, dass sie bei anderen Unternehmen Abklärungen über geplante Bauvorhaben auf und im Boden im Gemeingebrauch vornimmt. Sie legen fest, bei welchen Unternehmen solche Abklärungen vorzunehmen sind. Konzessionärinnen können die Erteilung derartiger Auskünfte von anderen Unternehmen verlangen. Diese haben die Pflicht, innerhalb von vier Wochen zu antworten.

Art. 26 Verlegung von Leitungen und öffentlichen Sprechstellen

Wenn die Eigentümerinnen oder Eigentümer von Boden im Gemeingebrauch eine Benutzung beabsichtigen, die eine Verlegung von Leitungen oder öffentlichen Sprechstellen nötig macht, so zeigen sie dies der Konzessionärin schriftlich an.

Art. 27 Eisenbahngrundstücke

¹ Artikel 35 des FMG gilt sinngemäss auch für die kurzest mögliche Querung von Eisenbahngrundstücken mit Fernmeldeleitungen.

² Die Konzessionärin trägt den Schaden, der einer Bahngesellschaft durch den Bau oder Unterhalt von Leitungen erwächst.

Art. 28 Mitbenutzungsrecht

Als angemessenes Entgelt für die Mitbenutzung von anderen Anlagen und Sendestandorten gilt der massgebende Anteil an den Vollkosten.

4. Kapitel: Interkonnektion

1. Abschnitt: Dienste marktbeherrschender Anbieterinnen

Art. 29 Nichtdiskriminierung

¹ Die marktbeherrschende Anbieterin stellt einer anderen Anbieterin den Zugang zu den für die Interkonnektion notwendigen Einrichtungen, Diensten und Informationen nichtdiskriminierend zur Verfügung (Art. 11 Abs. 1 FMG).

² Insbesondere darf keine Bewerberin schlechter gestellt werden als andere Geschäftseinheiten, Tochterfirmen und Partnerinnen der marktbeherrschenden Anbieterin.

Art. 30 Gemeinsame Nutzung von Anlagen und gleichwertiger Zugang

Die marktbeherrschende Anbieterin gewährt einer anderen Anbieterin von Fernmeldediensten (Art. 11 Abs. 1 FMG) Interkonnektion. Die Interkonnektion ist namentlich durch gemeinsame Nutzung von Fernmeldeanlagen, Gebäuden und Grundstücken sicherzustellen.

Art. 31 Berechtigung

Interkonnektionsberechtigt nach Artikel 11 des FMG sind alle konzessions- und meldepflichtigen Anbieterinnen von Fernmeldediensten (Art. 4 FMG) sowie Anbieterinnen internationaler Fernmeldedienste.

Art. 32 Basisangebot

Die marktbeherrschende Anbieterin bietet im betreffenden Markt mindestens das folgende Basisangebot an:

- a. Erzeugung, Terminierung und Transit der Verbindungen aller Dienste der Grundversorgung (Originating, Terminating Access and Tandem Service);
- b. Zugang zu anderen Diensten, bei denen die Anbieterin marktbeherrschend ist;
- c. Anrufidentifikationsdienste: Identifikation des anrufenden Anschlusses, Identifikation des verbundenen Anschlusses, Identifikation des rufenden Anschlusses unterdrücken, Identifikation des verbundenen Anschlusses unterdrücken, Auskunft über unerbetene Anrufe;
- d. den Zugang zu den Mehrwertdiensten 08XX und 09XX;
- e. die entsprechende physische Verbindung von Fernmeldeanlagen verschiedener Anbieterinnen, die für die Verbindung von Diensten notwendig ist.

Art. 33 Transparenz

¹ Die technischen und kommerziellen Bedingungen der Interkonnektion müssen auf Anfrage hin bekannt gegeben werden. Die Berechnungsgrundlagen der Angebote müssen nachvollziehbar und entbündelt offengelegt werden. Mindestens folgende Informationen sind jährlich zu veröffentlichen:

- a. das Basisangebot;
 - b. die Beschreibung aller Standard-Interkonnektionspunkte und die Zugangsbedingungen, wenn die Nachfragerin die Interkonnektionsverbindung selber erstellen oder dies der Anbieterin überlassen will;
 - c. die vollständige Beschreibung der verwendeten Interkonnektionsschnittstellen und Signalisierungsprotokolle.
- ² Änderungen eines Angebots, die eine marktbeherrschende Anbieterin in den nächsten zwölf Monaten vorsehen will, sind frühzeitig bekanntzugeben.

Art. 34 Kostenorientierte Preisgestaltung

¹ Die Festsetzung der Preise beruht auf folgenden Grundsätzen:

- a. den in einem kausalen Zusammenhang mit der Interkonnektion stehenden Kosten (relevante Kosten);
- b. den langfristigen Zusatzkosten der in Anspruch genommenen Netzkomponenten und denjenigen, die ausschliesslich durch Interkonnektionsdienstleistungen hervorgerufen werden (long run incremental costs; LRIC);
- c. einem konstanten Zusatz, der auf einem verhältnismässigen Anteil an den relevanten gemeinsamen Kosten und den Gemeinkosten (joint and common costs) basiert (constant mark up);
- d. einem branchenüblichen Kapitalertrag für die eingesetzten Investitionen.

² Die Kosten entsprechen den Aufwendungen und Investitionen einer effizienten Anbieterin. Die Berechnung der Kosten beruht auf aktueller Basis (forward looking). Die Kosten des Netzes entsprechen den Wiederbeschaffungskosten (modern equivalent assets).

³ Die Dienste der Interkonnektion sind getrennt und entbündelt von den übrigen Diensten abzurechnen und in Rechnung zu stellen.

Art. 35 Schnittstellen

¹ Das Bundesamt veröffentlicht einen Katalog der zur Interkonnektion empfohlenen Schnittstellen und ihre technischen Spezifikationen.

² Die Nachfragerin kann Schnittstellen verlangen, die nicht Bestandteil des Interkonnektionskataloges sind, wenn sie der internationalen Harmonisierung entsprechen, technisch realisierbar sind und für die geplante Einführung von Diensten einen beachtlichen wirtschaftlichen Vorteil darstellen.

³ International harmonisierte Schnittstellen sind zu bevorzugen.

Art. 36 Anforderungen an die Rechnungslegung

¹ Die Anbieterinnen von Interkonnektionsdiensten führen für den Geschäftsbereich Interkonnektion ein Rechnungswesen, das die Einhaltung der Prinzipien der Kostenorientierung, der Nichtdiskriminierung und der Transparenz garantiert und sich an den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER), an international anerkannten Accountingstandards (IAS) oder vergleichbaren anerkannten Rechnungslegungsvorschriften orientiert.

² Über Interkonnectionsdienstleistungen ist getrennt Buch zu führen, wobei interne und externe Interkonnectionsdienstleistungen getrennt und ungebündelt auszuweisen sind. Die interne Verrechnung von Interkonnectionsdiensten ist auszuweisen.

¹ Die Kommission kann Weisungen erlassen.

2. Abschnitt: Dienste nicht marktbeherrschender Anbieterinnen

Art. 37

Wer einen Dienst der Grundversorgung nach Artikel 16 FMG anbietet, hat direkt oder indirekt Interkonnection zu gewähren (Art. 11 Abs. 2 FMG). Dabei sind im Rahmen der Kommunikationsfähigkeit die folgenden Grundsätze der Interkonnection zu beachten:

- a. Basisangebot (Art. 32);
- b. Transparenz (Art. 33);
- c. Schnittstellen (Art. 35).

3. Abschnitt: Verfahren

Art. 38 Interkonnectionsvereinbarungen

Die Vereinbarungen über Interkonnection bedürfen der Schriftform und umfassen mindestens folgende Punkte:

- a. allgemeine kommerzielle Bedingungen;
- b. Dienstebeschreibung;
- c. technische Spezifikationen der Interkonnectionsdienste;
- d. Bedingungen für Inbetriebnahme und Umsetzung.

Art. 39 Vertraulichkeit der Informationen

¹ Informationen aus den Interkonnectionsverhandlungen sind vertraulich. Sie dürfen nicht an andere Geschäftseinheiten, Tochtergesellschaften, Partnerunternehmen oder andere weitergegeben werden.

² Informationen über Teilnehmerinnen und Teilnehmer dürfen nur im Rahmen der Interkonnection verwendet werden.

³ Die Vertraulichkeit nach Absatz 1 gilt nicht gegenüber der Kommission und dem Bundesamt.

Art. 40 Notifikation der Verhandlungsaufnahme

Die um Interkonnection nachsuchende Anbieterin teilt dem Bundesamt die Aufnahme von Interkonnectionsverhandlungen oder von Neuverhandlungen schriftlich mit.

Art. 41 Meldepflicht

¹ Interkonktionsvereinbarungen sind dem Bundesamt innerhalb von zwei Wochen nach Unterzeichnung vollständig einzureichen. Dasselbe gilt für Änderungen und Kündigungen.

² Geschäftsgeheimnisse dürfen abgedeckt werden, wenn sie summarisch zusammengefasst sind. Das Bundesamt kann zusätzliche Auskünfte verlangen, wenn die Zusammenfassung unvollständig ist.

³ Parteien mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland haben in der Schweiz ein Zustellungsdomizil zu bezeichnen.

Art. 42 Einsichtsrecht

¹ Das Bundesamt gewährt auf Ersuchen Einsicht in die Vereinbarungen und Verfügungen.

² Das Bundesamt kann eine Gebühr für die Einsichtnahme erheben.

Art. 43 Gesuch um Erlass einer Verfügung auf Interkonktion

¹ Der Antrag auf Erlass einer Verfügung zur Gewährung von Interkonktion (Art. 11 Abs. 3 FMG) muss enthalten:

- a. die einzelnen Anträge;
- b. die wesentlichen Tatsachen;
- c. eine kurz gefasste Darlegung über die streitigen und nichtstreitigen Verhandlungspunkte;
- d. ein Angebot für eine Einigung.

² Das Bundesamt führt die Instruktion durch.

Art. 44 Vorsorgliche Massnahmen

Nach Einreichung des Antrages auf Interkonktion kann die Kommission von Amtes wegen oder auf Begehren einer Partei vorsorgliche Massnahmen verfügen, um die Interkonktion während des Verfahrens sicherzustellen.

Art. 45 Wettbewerbskommission

Wird die Wettbewerbskommission beigezogen, so gibt sie ihre Stellungnahme innert vier Wochen ab.

Art. 46 Schlichtungsverfahren

Das Bundesamt führt nach der Instruktion eine Schlichtungsverhandlung durch.

Art. 47 Interkonktionsverfügung

¹ Scheitert die Schlichtungsverhandlung, so stellt das Bundesamt der Kommission Antrag zum Erlass der Interkonktionsverfügung.

² Die Kommission verfügt die Bedingungen der Interkonnektion und legt die Preise fest. Bei mangelnder Kapazität trifft sie im Rahmen der Verfügung die notwendigen Anordnungen.

³ Kann die verpflichtete Anbieterin die Einhaltung der Kostenorientierung nach Artikel 34 nicht nachweisen, so verfügt die Kommission aufgrund von markt- und branchenüblichen Vergleichswerten.

Art. 48 Periodische Überprüfung

Das Bundesamt prüft alle zwei Jahre, ob eine Anpassung der Interkonnektionsregeln angezeigt ist. Es stellt dem Bundesrat gegebenenfalls Antrag auf Änderung der Verordnung.

5. Kapitel: Fernmeldegeheimnis

Art. 49 Identifikation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Anbieterinnen von Fernmeldediensten sind verpflichtet, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Aufnahme der Kundenbeziehungen zu identifizieren.

Art. 50 Verkehrs- und Rechnungsdaten

¹ Die Anbieterinnen von Fernmeldediensten dürfen die persönlichen Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bearbeiten, soweit und solange dies für den Verbindungsaufbau und den Erhalt des für die entsprechenden Leistungen geschuldeten Entgelts notwendig ist. Sie halten diese Daten auf jeden Fall während sechs Monaten zur Verfügung der zuständigen Behörden im Rahmen der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach Artikel 44 FMG.

² Solange die Möglichkeit der Anfechtung ihrer Rechnung besteht, können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von ihrer Fernmeldedienstanbieterin verlangen, ihnen folgende Daten mitzuteilen:

- a. die Adressierungselemente der angerufenen Anschlüsse;
- b. Datum, Zeit und Dauer der Verbindungen;
- c. das für die einzelnen Verbindungen geschuldete Entgelt.

³ Machen Teilnehmerinnen oder Teilnehmer schriftlich glaubhaft, ihr Anschluss sei missbräuchlich angerufen worden, so hat die Fernmeldedienstanbieterin ihnen folgende Daten, soweit vorhanden, mitzuteilen:

- a. Datum, Zeit und Dauer der Verbindungen;
- b. die Adressierungselemente sowie Namen und Adresse derjenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, von deren Anschlüssen aus die Verbindungen erfolgt sind.

⁴ Die Fernmeldedienstanbieterinnen dürfen keine Bedingungen festlegen, welche die Kundinnen und Kunden in der Ausübung der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Rechte einschränken.

Art. 51 Anzeige der Rufnummer der Anrufenden

¹ Wenn es mit vertretbarem Aufwand technisch möglich ist, müssen die Fernmeldedienstanbieterinnen ihren Kundinnen und Kunden die Möglichkeit bieten, die Anzeige ihrer Rufnummer auf der Anlage der oder des Angerufenen zu unterdrücken, und zwar für jeden Anruf einzeln oder als Dauerfunktion. Dabei dürfen sie den Kundinnen und Kunden nur diejenigen Verwaltungskosten anrechnen, die direkt mit der Aktivierung oder Desaktivierung der Rufnummerunterdrückung im Zusammenhang stehen.

² Unter denselben Bedingungen müssen sie Angerufenen die Möglichkeit bieten, eingehende Anrufe, bei denen die Anzeige der Rufnummer unterdrückt ist, zurückzuweisen.

³ Die Fernmeldedienstanbieterinnen müssen ihre Kundinnen und Kunden beim Abschluss des Abonnementsvertrags ausdrücklich auf die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Möglichkeiten hinweisen.

⁴ In allen Fällen müssen die Fernmeldedienstanbieterinnen die Anzeige der Rufnummer der Anrufenden für die Notrufe der Nummern 112, 117, 118 und 144 garantieren. Keiner Teilnehmerin und keinem Teilnehmer ausserhalb der genannten Notrufnummern darf die Anzeige der Rufnummern der Anrufenden, die den Dienst Rufnummerunterdrückung nach Absatz 1 gewählt haben, gewährt werden.

Art. 52 Anzeige der Rufnummer der Angerufenen

¹ Wenn es mit vertretbarem Aufwand technisch möglich ist, müssen die Fernmeldedienstanbieterinnen ihren Kundinnen und Kunden die Möglichkeit bieten, die Anzeige ihrer Rufnummer auf der Anlage der oder des Anrufenden zu unterdrücken. Dabei dürfen sie den Kundinnen und Kunden nur diejenigen Verwaltungskosten anrechnen, die direkt mit der Aktivierung oder Desaktivierung der Rufnummerunterdrückung im Zusammenhang stehen.

² Sie müssen ihre Kundinnen und Kunden beim Abschluss des Abonnementsvertrags ausdrücklich auf diese Möglichkeit hinweisen.

Art. 53 Automatische Anrufumleitung

Wenn es mit vertretbarem Aufwand technisch möglich ist, müssen die Fernmeldedienstanbieterinnen ihren Kundinnen und Kunden kostenlos die Möglichkeit bieten, die automatische Anrufumleitung durch Dritte auf ihre Anlage aufzuheben.

Art. 54 Dienstesicherheit

¹ Die Fernmeldedienstanbieterinnen müssen ihre Kundinnen und Kunden über die Abhör- und Eingriffsrisiken informieren, welche die Benutzung ihrer Dienste mit sich bringt.

² Sie müssen ihnen geeignete Hilfsmittel zur Beseitigung dieser Risiken anbieten oder nennen.

Art. 55 Verzeichnisse

¹ Die in einem Verzeichnis aufgeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind berechtigt, eindeutig kennzeichnen zu lassen, dass sie keine Werbeanrufe erhalten möchten und dass ihre Daten zu Zwecken der Direktwerbung weder benutzt noch weitergegeben werden dürfen.

² Die Anbieterin eines elektronischen Verzeichnisdienstes kann:

- a. den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Mechanismen zur Informationssuche zur Verfügung stellen, die insbesondere die Anzeige einer nach Rubriken geordneten Liste von Berufsleuten ermöglichen;
- b. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das gesamte Verzeichnis auf der Suche nach Informationen durchsehen lassen.

³ Die Kopien elektronischer Online-Verzeichnisse müssen den internationalen Normen und den Vorschriften des Bundesamtes entsprechen; die Anbieterin eines solchen Verzeichnisses muss die notwendigen Massnahmen treffen, damit keine Kopien in Bestimmungsländer gelangen, die nicht über ein mit der Schweiz vergleichbares Niveau des Schutzes von Personendaten verfügen.

⁴ Die Anbieterin eines elektronischen Online-Verzeichnisses muss die geeigneten technischen und organisatorischen Massnahmen treffen, um zu verhindern, dass der Inhalt einer Eintragung oder eines Teils des Verzeichnisses geändert oder gelöscht wird.

6. Kapitel: Wichtige Landesinteressen**1. Abschnitt: Leistungen in ausserordentlichen Lagen****Art. 56** Leistungen

¹ Die Anbieterinnen von Fernmeldediensten können zugunsten der mit der Bewältigung ausserordentlicher Lagen beauftragten Organe zur Sicherstellung folgender Leistungen herangezogen werden:

- a. Dienste der Grundversorgung;
- b. Datenübertragung hoher Kapazität;
- c. Zurverfügungstellen von Mietleitungen.

² Sie müssen zu diesem Zweck die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen treffen.

³ Bei Bedarf müssen sie die Mitbenutzung ihrer Räumlichkeiten und Einrichtungen sowie das Abhalten von Übungen erlauben, soweit der ordentliche Betrieb ihrer Dienste nicht beeinträchtigt wird.

Art. 57 Berechtigte Organe

Folgende Berechtigte können aus den in Artikel 56 erwähnten Leistungen Nutzen ziehen:

- a. Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung und zivile Führungsstäbe;

- b. Polizei, Feuerwehr sowie diejenigen Organe, die vom Gemeinwesen mit Rettungs- und Sanitätsaufgaben betraut sind;
- c. die Organe, die nach Artikel 67 des Militargesetzes⁵ zur Hilfeleistung zugunsten ziviler Behörden herangezogen werden können.

Art. 58 Anbieterinnen

¹ Grundsätzlich bestellen die mit der Vorbereitung der Übermittlung in ausserordentlichen Lagen betrauten Organe die benötigten Leistungen auf vertraglicher Basis bei einer Fernmeldedienstanbieterin ihrer Wahl.

² Nach einer erfolglosen öffentlichen Ausschreibung kann das mit der Vorbereitung der Übermittlung in ausserordentlichen Lagen betraute Organ das Bundesamt ersuchen, eine Dienstkonzessionärin zur Erbringung der notwendigen Leistungen zu verpflichten.

³ Wurde die Konzession durch die Kommission erteilt, so entscheidet diese auf Vorschlag des Bundesamtes hin.

Art. 59 Verpflichtung von Personal

Der Bundesrat kann Fernmeldedienstanbieterinnen, deren Anlagen oder Dienste in ausserordentlichen Lagen von Bedeutung sind, verpflichten, sich im Hinblick auf solche Situationen zu organisieren. Er kann gegebenenfalls das notwendige Personal zum Dienst verpflichten.

Art. 60 Entschädigung

¹ Die Entschädigung von Fernmeldedienstanbieterinnen für ihre Leistungen wird vertraglich mit den mit der Vorbereitung der Übermittlung in ausserordentlichen Lagen betrauten Organen geregelt. Dabei werden folgende Kostenelemente berücksichtigt:

- a. die ordentlichen Preise für die Benutzung der öffentlichen Dienste;
- b. die ordentlichen Preise für die Betriebsnetze von Polizei, Rettungsorganisationen und Sanitätsdiensten;
- c. die Selbstkosten für die Vorbereitung von Fernmeldeanlagen und die Bereitstellung von Räumen;
- d. die Selbstkosten für die Netze im Dauerbetrieb; werden solche Verbindungen ausserhalb des vorgesehenen Zweckes genutzt, sind die ordentlichen Preise zu entrichten;
- e. im Rahmen von Übungen:
 - 1. die ordentlichen Preise für die Benutzung der öffentlichen Dienste,
 - 2. die Selbstkosten für Vorbereitung und Abbruch der genutzten Fernmeldeanlagen,
 - 3. die Selbstkosten für die Benutzung der Anlagen nach der effektiven Dauer der Beanspruchung.

⁵ SR 510.10

² Wird eine Fernmeldediensteanbieterin zur Erbringung der notwendigen Leistungen verpflichtet, so legt die Konzessionsbehörde die geschuldete Entschädigung nach den in Absatz 1 erwähnten Kostenelementen fest.

2. Abschnitt: Einschränkung des Fernmeldeverkehrs

Art. 61 Massnahmen

¹ Das Departement kann anordnen, dass der zivile Fernmeldeverkehr auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschränkt wird, die bei ausserordentlichen Lagen wichtige Aufgaben zu erfüllen haben.

² Die Nationale Alarmzentrale kann den Fernmeldeverkehr in ausserordentlichen Lagen für höchstens 36 Stunden nach Absatz 1 einschränken lassen. Sie informiert das Bundesamt unverzüglich.

³ Die Fernmeldediensteanbieterinnen können den Fernmeldeverkehr für höchstens 36 Stunden teilweise einschränken, wenn sie eine Überlastung ihres Netzes feststellen.

Art. 62 Vorbereitungsmassnahmen

¹ Der oder die Beauftragte des Bundesrates für die Koordination der Übermittlung im Rahmen der Gesamtverteidigung bereitet zusammen mit den Fernmeldediensteanbieterinnen die Massnahmen nach Artikel 61 Absatz 1 vor.

² Der Bund trägt die Kosten der Vorbereitungsmassnahmen.

7. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 63 Vollzug

¹ Das Bundesamt erlässt die notwendigen administrativen und technischen Vorschriften.

² Es kann internationale Vereinbarungen technischen oder administrativen Inhalts, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, abschliessen.

Art. 64 Sektormitgliedschaft ITU

¹ Konzessionärinnen von internationalen Fernmeldediensten gelten als «Recognized Operating Agencies» im Sinne der Internationalen Fernmeldeunion (Art. 19 ITU-Konvention, Genf 1992).

² Gemeldete Fernmeldediensteanbieterinnen sowie andere Organisationen und Institutionen mit Sitz oder Geschäftstätigkeit in der Schweiz können vom Bundesamt als «Members of the Sectors» (Art. 19 ITU-Konvention, Genf 1992) anerkannt werden, wenn sie Gewähr bieten, die Anforderungen der Internationalen Fernmeldeunion zu erfüllen.

Art. 65 Kostenorientierung Interkonnektion

¹ Die marktbeherrschende Anbieterin von Fernmeldediensten setzt ihre Preise nach den in Artikel 34 festgehaltenen Grundsätzen ab dem 1. Januar 2000 fest. In der Übergangszeit beruht die Festsetzung der Interkonnektionspreise auf folgenden Grundsätzen:

- a. den in einem kausalen Zusammenhang mit der Interkonnektion stehenden Kosten (relevante Kosten);
- b. den in Anspruch genommenen Netzkomponenten und Produktionsprozesse, deren Kosten ausschliesslich durch Interkonnektionsdienstleistungen hervorgerufen wurden;
- c. dem verhältnismässigen Anteil der relevanten Gemeinkosten;
- d. einem branchenüblichen Kapitalertrag für die eingesetzten Investitionen;
- e. einem verhältnismässigen Anteil der auf altrechtliche Auflagen zurückzuführenden Altlasten, soweit diese mit der nachgefragten Interkonnektion in Zusammenhang stehen.

² Die Kostenorientierung strebt langfristig eine Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz an. Sie berücksichtigt die Investitionen einer effizienten Anbieterin für eine moderne Netzerneuerung mit ausreichender Kapazität und Funktionalität.

³ Die Dienste der Interkonnektion sind getrennt und entbündelt von den übrigen Diensten abzurechnen und in Rechnung zu stellen.

Art. 66 Aufhebung bisherigen Rechts

Es werden aufgehoben:

- a. die Verordnung vom 25. März 1992⁶ über Fernmeldedienste;
- b. der Bundesratsbeschluss vom 10. Dezember 1948⁷ betreffend Militärzentralen in Gebäuden der PTT-Betriebe;
- c. die Verordnung vom 19. Dezember 1947⁸ über den Feldtelegraphen- und Feldtelefondienst;
- d. die Verordnung vom 11. Dezember 1978⁹ über die Einschränkung des Fernmeldeverkehrs im Inland zur Wahrung wichtiger Landesinteressen.

Art. 67 Änderung bisherigen Rechts

Die Zivilschutzverordnung vom 19. Oktober 1994¹⁰ wird wie folgt geändert:

⁶ AS 1992 848, 1993 85 1333 2543 3350, 1994 740 2795, 1995 743 3542 5235

⁷ AS 1948 1191

⁸ BS 5 229, AS 1951 407

⁹ AS 1978 2068, 1991 2418

¹⁰ SR 520.11

Gliederungstitel vor Art. 66

9. Kapitel: Übermittlungsnetze

1. Abschnitt: Aufbau und Benutzung

Art. 66 Aufbau

Die Übermittlungsnetze des Zivilschutzes umfassen die Fernmeldeanlagen der Zivilschutzorganisation sowie die mitbenutzten Fernmeldeanlagen der Anbieterinnen von Fernmeldediensten und der Armee.

Art. 67 und 68

Aufgehoben

Art. 69 Benutzung

¹ Das Bundesamt regelt im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Eidgenössischen Militärdepartements die Benutzung der Fernmeldeanlagen der Armee.

² Die Benutzung der Fernmeldeanlagen der Fernmeldedienstanbieterinnen wird in der Verordnung vom 6. Oktober 1997¹¹ über Fernmeldedienste geregelt.

2. Abschnitt: Leitungsgebundene Fernmeldenetze (Art. 70)

Aufgehoben

Art. 68 Konzessionen nach bisherigem Recht

¹ Umstellungskosten, die bei der Überführung altrechtlicher Konzessionen und Bewilligungen ins neue Recht entstehen, werden vom Bundesamt auf Gesuch hin entschädigt. Ausgenommen sind Umstellungskosten, die zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen notwendig sind.

² Das Bundesamt legt die Höhe der Entschädigung fest.

Art. 69 Bewilligung

Die Konzessionsbehörde kann Gesuchstellerinnen, die ihr Konzessionsgesuch vor dem 30. Juni 1998 eingereicht haben, die Ausübung der entsprechenden Tätigkeiten vorläufig und unter Vorbehalt der Erteilung der Konzession ganz oder teilweise bewilligen.

Art. 70 Detaillierte Rechnungstellung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können eine detaillierte Rechnungstellung erst für diejenigen Verbindungen verlangen, die ab dem 1. Januar 1998 hergestellt wurden.

¹¹ SR 784.101.1; AS 1997 2833

Art. 71 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1998 in Kraft.

6. Oktober 1997

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Koller

Der Bundeskanzler: Couchepin

9382

Verordnung über Fernmeldeanlagen (FAV)

vom 6. Oktober 1997

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 11 Absatz 2, 31 Absatz 1, 33 Absatz 2, 62 und 64 Absatz 2 des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997¹ (FMG) und auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991² über Radio und Fernsehen, in Anwendung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1995³ über die technischen Handelshemmnisse (THG),

verordnet:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung regelt:

- a. das beim Anbieten, Inverkehrbringen und bei der Inbetriebnahme von Fernmeldeanlagen geltende Verfahren;
- b. die Anerkennung von Prüf- und Konformitätsbewertungsstellen;
- c. die Kontrolle der Fernmeldeanlagen.

Art. 2 Begriffe

¹ In dieser Verordnung bedeutet:

- a. *Funkanlage*: ein oder mehrere Sender oder Empfänger oder eine Gruppe von Sendern und Empfängern, einschliesslich der Zusatzeinrichtungen, die zur Frequenznutzung oder für bestimmte Zwecke der Radioastronomie an einem gegebenen Ort erforderlich sind;
- b. *leitungsgebundene Anlage*: alle Fernmeldeanlagen, mit deren Hilfe die Informationen über Leitungen übertragen oder zu diesem Zwecke benutzt werden;

SR 784.101.2

¹ SR 784.10; AS 1997 2187

² SR 784.40

³ SR 946.51

- c. *Endeinrichtungen*: leitungsgebundene Anlagen oder Funkanlagen, die der Richtlinie EWG 91/263 vom 29. April 1991⁴ zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Telekommunikationsendeinrichtungen einschliesslich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität unterliegen (Richtlinie für Endeinrichtungen);
- d. *Satellitenanlagen*: Funkanlagen, die der Richtlinie EWG 93/97 vom 29. Oktober 1993⁵ zur Ergänzung der Richtlinie EWG 91/263 hinsichtlich Satellitenfunkanlagen unterliegen (Richtlinie für Satellitenanlagen);
- e. *Anbieten*: jedes auf das Inverkehrbringen von Fernmeldeanlagen gerichtete Verhalten, sei es durch Ausstellen in Geschäftsräumen oder an Veranstaltungen, durch Abbilden in Werbeprospekten, Katalogen, elektronischen Medien oder auf andere Weise;
- f. *Inverkehrbringen*: die entgeltliche oder unentgeltliche Übertragung oder Überlassung von Fernmeldeanlagen;
- g. *Inbetriebnahme*: das erstmalige Erstellen und Betreiben einer Fernmeldeanlage, unabhängig davon, ob die Informationen durch die Endbenutzerinnen und -benutzer erfolgreich gesendet und empfangen werden können;
- h. *Erstellen*: Fernmeldeanlagen betriebsfertig machen, insbesondere sie reparieren;
- i. *Betreiben*: das Benützen von Fernmeldeanlagen, unabhängig davon, ob die Informationen erfolgreich gesendet und empfangen werden können.

² Die Inbetriebnahme von Fernmeldeanlagen ist dem Inverkehrbringen gleichzusetzen, wenn dieses nicht bereits nach Absatz 1 Buchstabe f erfolgt ist.

2. Kapitel:

Anbieten und Inverkehrbringen von neuen Fernmeldeanlagen

1. Abschnitt: Konformität

Art. 3 Grundlegende Anforderungen

Fernmeldeanlagen dürfen nur angeboten oder in Verkehr gebracht werden, wenn sie die grundlegenden Anforderungen erfüllen, die in Artikel 4 der Richtlinie für Endeinrichtungen festgelegt sind.

⁴ ABl. Nr. L128/I vom 23. Mai 1991, abgeändert durch die Richtlinie EWG 93/68 vom 22. Juli 1993 (ABl. Nr. L220/I vom 30. August 1993). Der Text der Richtlinie kann bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ; 3000 Bern) zu den in der Gebührenverordnung EDMZ vom 21. Dezember 1994 festgelegten Bedingungen oder beim Schweizerischen Informationszentrum für technische Regeln (Switec), Mühlebachstrasse 54, 8008 Zürich, bezogen werden.

⁵ ABl. Nr. L290/I vom 24. November 1993. Der Text der Richtlinie kann bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ; 3000 Bern) zu den in der Gebührenverordnung EDMZ vom 21. Dezember 1994 festgelegten Bedingungen oder beim Schweizerischen Informationszentrum für technische Regeln (Switec), Mühlebachstrasse 54, 8008 Zürich, bezogen werden.

Art. 4 Technische Normen

¹ Das Bundesamt für Kommunikation (Bundesamt) kann unabhängige schweizerische Normierungsstellen beauftragen, technische Normen auszuarbeiten.

² Die in Artikel 31 Absatz 2 des FMG aufgeführten technischen Normen werden im Bundesblatt mit Titel und Referenzen publiziert⁶.

Art. 5 Konformitätserklärung

¹ Wer eine Fernmeldeanlage anbietet oder in Verkehr bringt, für die ein anderes Konformitätsbewertungsverfahren als die Zulassung gilt, muss eine Konformitätserklärung beibringen, aus der hervorgeht, dass die Fernmeldeanlage die durch das Bundesamt konkretisierten (Art. 31 Abs. 2 FMG) grundlegenden Anforderungen erfüllt.

² Fällt die Fernmeldeanlage unter mehrere Regelungen, die eine Konformitätserklärung verlangen, so genügt eine einzige Erklärung.

³ Die Konformitätserklärung enthält namentlich folgende Angaben:

- a. Name und Adresse des Herstellers oder seines in der Schweiz niedergelassenen Vertreters;
- b. eine Beschreibung der Fernmeldeanlage;
- c. die angewandten Vorschriften, technischen Normen oder anderen Spezifikationen;
- d. die Identität der Person, welche die Konformitätserklärung für den Hersteller oder seinen in der Schweiz niedergelassenen Vertreter unterzeichnet.

⁴ Sie muss in einer der Amtssprachen der Schweiz oder in Englisch abgefasst sein.

⁵ Die Konformitätserklärung muss während zehn Jahren seit dem Herstellungsdatum der Fernmeldeanlage vorgelegt werden können. Bei einer Serienfertigung beginnt die Frist mit dem Herstellungsdatum des letzten Exemplars.

Art. 6 Erfüllung der Anforderungen

¹ Es wird davon ausgegangen, dass die nach den technischen Normen von Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a des FMG hergestellten Fernmeldeanlagen die grundlegenden Anforderungen für die Aspekte erfüllen, die unter die besagte Bestimmung fallen.

² Personen, die Fernmeldeanlagen anbieten oder in Verkehr bringen, welche die technischen Normen in Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a des FMG nur teilweise oder überhaupt nicht erfüllen, müssen nachweisen können, dass sie die grundlegenden Anforderungen für ihre unter die vorgenannte Bestimmung fallenden Aspekte auf andere Weise erfüllen.

³ Sie müssen die technischen Unterlagen beibringen, die es der Kontrollstelle ermöglichen zu überprüfen, ob die grundlegenden Anforderungen erfüllt werden.

⁶ Die Liste der Titel der genannten Normen und ihr Text können beim Schweizerischen Informationszentrum für technische Regeln (Switec), Mühlebachstrasse 54, 8008 Zurich, bezogen werden

⁴ Es wird davon ausgegangen, dass leitungsgebundene Anlagen, die nicht Gegenstand eines Konformitätsbewertungsverfahrens sind, die grundlegenden Anforderungen erfüllen, wenn sie den anerkannten Regeln der Fernmeldetechnik entsprechen.

Art. 7 Technische Unterlagen

¹ Die technischen Unterlagen müssen die folgenden Angaben enthalten:

- a. eine allgemeine Beschreibung des Baumusters, die, vorzugsweise mit Hilfe von Fotografien, zur Identifizierung des Produkts ausreichend ist;
- b. Konstruktions- und Fertigungszeichnungen und Listen von Bauteilen, Montage-Untergruppen, Schaltkreisen usw.;
- c. Beschreibungen und Erläuterungen, die zum Verständnis der genannten Zeichnungen und Listen sowie der Funktionsweise des Produkts notwendig sind;
- d. eine Liste mit den in Artikel 31 Absatz 2 des FMG genannten technischen Normen, die vollständig oder teilweise zur Anwendung gelangten, und die Beschreibungen der zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen der Richtlinie für Endeinrichtungen gewählten Lösungen, wenn die in Artikel 31 Absatz 2 des FMG genannten technischen Normen nicht angewandt wurden;
- e. die Ergebnisse der durchgeführten Prüfungen;
- f. die Prüfberichte;
- g. die für die Benutzerinnen und Benutzer bestimmten Informationen oder das vorgesehene Benutzerhandbuch.

² Sie müssen in einer der Amtssprachen der Schweiz oder in Englisch abgefasst sein, zumindest müssen die für ihre Bewertung vorgelegten Ausführungen in einer dieser Sprachen geschrieben sein.

³ Die technischen Unterlagen müssen während zehn Jahren seit dem Herstellungsdatum der Fernmeldeanlage vorgelegt werden können. Bei einer Serienfertigung beginnt die Frist mit dem Herstellungsdatum des letzten Exemplars.

2. Abschnitt: Anwendbare Bewertungsverfahren

Art. 8 Endeinrichtungen

¹ Die Endeinrichtungen unterliegen entweder einer Zulassung, einer Baumusterprüfung (Anhang I der Richtlinie für Endeinrichtungen) oder einem Verfahren für die umfassende Qualitätssicherung (Anhang IV der Richtlinie für Endeinrichtungen). Das Bundesamt führt die Liste der Endeinrichtungen⁷.

² Der Baumusterprüfung muss eine Erklärung beiliegen, die entsprechend dem Verfahren Konformität mit dem Baumuster (Anhang II der Richtlinie für Endeinrichtungen) oder Qualitätssicherung Produktion (Anhang III der Richtlinie für Endeinrichtungen) erstellt wurde.

⁷ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden.

Art. 9 Satellitenanlagen

¹ Die für das Senden oder das Senden und Empfangen eingesetzten Satellitenanlagen unterliegen entweder einer Zulassung, einer Baumusterprüfung (Anhang I der Richtlinie für die Endeinrichtungen) oder einem Verfahren für eine umfassende Qualitätssicherung (Anhang IV der Richtlinie für Endeinrichtungen). Das Bundesamt führt eine Liste der Satellitenanlagen⁸.

² Der Baumusterprüfung muss eine Erklärung beiliegen, die entsprechend dem Verfahren Konformität mit dem Baumuster (Anhang II zur Richtlinie für Endeinrichtungen) oder Qualitätssicherung Produktion (Anhang III der Richtlinie für Endeinrichtungen) erstellt wurde.

³ Reine Satellitenempfangsanlagen, die für den Anschluss an die Anlagen einer Anbieterin von öffentlichen Diensten vorgesehen sind, unterliegen bezüglich ihrer terrestrischen Schnittstelle den gleichen Bewertungsverfahren wie die in Absatz 1 genannten Anlagen. Ihre restlichen Elemente können zusätzlich dem Verfahren interne Fabrikationskontrolle (Anhang der Richtlinie für Satellitenanlagen) unterliegen.

⁴ Reine Satellitenempfangsanlagen, die nicht für den Anschluss an die Anlagen einer Anbieterin von öffentlichen Diensten vorgesehen sind, unterliegen entweder den gleichen Bewertungsverfahren wie die in Absatz 1 genannten Einrichtungen oder dem Verfahren interne Fabrikationskontrolle.

Art. 10 Funkanlagen

¹ Funkanlagen, soweit aus Gründen der Frequenzverwaltung technische Vorschriften notwendig sind oder sich aus internationalen Vereinbarungen ergeben, unterliegen entweder einer Zulassung oder dem Verfahren für eine umfassende Qualitätssicherung (Anhang IV der Richtlinie für Endeinrichtungen). Das Bundesamt führt die Liste der betroffenen Funkanlagen⁹.

² Die übrigen Funkanlagen unterliegen entweder einer Zulassung, dem Verfahren für die umfassende Qualitätssicherung oder dem Verfahren für die interne Fabrikationskontrolle (Anhang der Richtlinie für Satellitenanlagen).

Art. 11 Leitungsgebundene Anlagen

¹ Leitungsgebundene Anlagen, für die aus Gründen nationaler Eigenheiten technische Vorschriften notwendig sind, unterliegen entweder einer Zulassung oder dem Verfahren für eine umfassende Qualitätssicherung (Anhang IV der Richtlinie für Endeinrichtungen). Das Bundesamt führt die Liste der betroffenen leitungsgebundenen Anlagen¹⁰.

⁸ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

⁹ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

¹⁰ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

² Leitungsgebundene Anlagen, für die das Zulassungsverfahren oder das Verfahren für eine umfassende Qualitätssicherung aufgrund der Tatsache zu restriktiv sind, dass sich die geltenden technischen Normen auf die Basisanforderungen beschränken, dürfen auch einem Verfahren für die interne Fabrikationskontrolle (Anhang der Richtlinie für Satellitenanlagen) unterstellt werden. Das Bundesamt führt die Liste der betroffenen leitungsgebundenen Anlagen¹¹.

3. Abschnitt: Zulassung

Art. 12 Zulassungsgesuch

Wer die Zulassung für eine Fernmeldeanlage erhalten will, muss diese beim Bundesamt mittels des dafür bestimmten Formulars¹² unter Beilage aller notwendigen Dokumente beantragen.

Art. 13 Zulassungsbedingungen

¹ Das Bundesamt erteilt die Zulassung für eine Fernmeldeanlage, wenn das Gesuch durch folgende Dokumente nachweisen kann, dass die Anlage den Vorschriften dieser Verordnung entspricht:

- a. Prüfbericht einer anerkannten Prüfstelle nach Artikel 19;
- b. eine im Ausland erteilte und nach Artikel 14 anerkannte Zulassung, der ein entsprechender Prüfbericht beiliegt.

² Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller, die sich auf den Prüfbericht oder die Zulassung von Dritten stützen wollen, müssen nachweisen, dass die Fernmeldeanlage mit der ursprünglich geprüften oder zugelassenen in allen Punkten übereinstimmt.

Art. 14 Anerkennung von im Ausland erteilten Zulassungen

Das Bundesamt kann ausländische Zulassungen anerkennen, wenn sie aufgrund von Prüfberichten erteilt worden sind, die alle für eine Wiederholung der Prüfung notwendigen Angaben enthalten.

Art. 15 Zulassung

¹ Mit der Zulassung wird festgestellt, dass die Fernmeldeanlage:

- a. den Bestimmungen dieser Verordnung und den technischen und administrativen Normen des Bundesamtes entspricht;
- b. unter Vorbehalt von Artikel 31 Absatz 5 des FMG angeboten, in Verkehr gebracht und betrieben werden darf;

¹¹ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

¹² Dieses Formular kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

- c. den Bestimmungen der Verordnung vom 6. Oktober 1997¹³ über Fernmelde-
dienste sowie der Verordnung vom 6. Oktober 1997¹⁴ über Frequenzmana-
gement und Funkkonzessionen entspricht.

² Ist die zugelassene Fernmeldeanlage das Muster einer Serie, gilt die Zulassung für weitere Anlagen des Zulassungsinhabers, die mit der zugelassenen in allen Teilen übereinstimmen.

³ Die Zulassung wird auf den Namen der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers ausgestellt und ist nicht übertragbar. Sie gibt dieser Person kein Alleinrecht.

Art. 16 Meldepflicht

¹ Zulassungsinhaberinnen und –inhaber müssen dem Bundesamt im voraus melden, wenn sie die Kennzeichnung (Art. 26), die Firma oder die Adresse ändern wollen.

² Sie müssen dem Bundesamt auf dem entsprechenden Formular¹⁵ alle technischen Änderungen mitteilen, die sie an der Anlage ausführen möchten. Das Bundesamt entscheidet so rasch als möglich, ob die geplanten Änderungen eine neue Zulassung erfordern.

Art. 17 Dauer der Zulassung

¹ Die Zulassung wird in der Regel auf unbestimmte Zeit erteilt.

² Sie erlischt:

- a. mit dem Widerruf durch das Bundesamt;
- b. nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer, wenn diese befristet ist;
- c. mit dem Tod der Zulassungsinhaberin oder des Zulassungsinhabers oder, wenn die Zulassung auf eine juristische Person ausgestellt ist, mit deren Auflösung.

³ Das Bundesamt bestimmt, wie sich das Erlöschen der Zulassung nach Absatz 2 Buchstaben a und b auf Fernmeldeanlagen auswirkt, die bereits angeboten, in Verkehr gebracht, erstellt oder betrieben werden.

⁴ In den in Absatz 2 Buchstabe c erwähnten Fällen kann das Bundesamt gestützt auf die ursprünglichen Unterlagen eine neue Zulassung erteilen. Es bestimmt, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen eine solche Zulassung möglich ist.

Art. 18 Widerruf der Zulassung

Das Bundesamt kann die Zulassung aus berechtigten Gründen widerrufen, insbesondere:

- a. bei Änderungen dieser Verordnung oder der technischen und administrativen Vorschriften des Bundesamtes;

¹³ SR 784.101.1; AS 1997 2833

¹⁴ SR 784.102.1; AS 1997 2868

¹⁵ Dieses Formular kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden.

- b. wenn die Zulassungsinhaberin oder der Zulassungsinhaber diese Verordnung oder mit der Zulassung verbundene Auflagen missachtet hat.

4. Abschnitt: Prüf- und Konformitätsbewertungsstellen

Art. 19

¹ Die Prüf- und Konformitätsbewertungsstellen, die Berichte ausarbeiten oder Bescheinigungen ausstellen, müssen:

- a. entsprechend der Akkreditierungs- und Bezeichnungsverordnung vom 17. Juni 1996¹⁶ akkreditiert sein; oder
- b. in der Schweiz aufgrund internationaler Abkommen anerkannt sein; oder
- c. nach schweizerischem Recht auf andere Weise ermächtigt sein.

² Wer sich auf Dokumente einer andern Stelle als der in Absatz 1 genannten stützt, muss glaubhaft nachweisen, dass die Prüfverfahren oder Bewertungen und die Qualifikationen der besagten Stelle den schweizerischen Anforderungen genügen (Art. 18 Abs. 2 THG).

5. Abschnitt:

Von der Bewertung und der Kennzeichnung ausgenommene Fernmeldeanlagen

Art. 20 Ausnahmen

¹ Von der Konformitätsbewertung und der Kennzeichnung ausgenommen sind:

- a. Fernmeldeanlagen, die ausschliesslich für militärische Zwecke, für Zwecke des Zivilschutzes oder für andere Ausnahmesituationszwecke erstellt und betrieben werden;
- b. Funkanlagen, die ausschliesslich zu technischen Versuchszwecken aufgrund einer diesbezüglich erteilten Funkkonzession erstellt und betrieben werden;
- c. Funkanlagen, die im Rahmen einer ausschliesslich zu Vorführzwecken erteilten, befristeten Funkkonzession vorgeführt werden;
- d. Funkanlagen, die auf Frequenzen unter 9 kHz und über 3000 GHz erstellt und betrieben werden;
- e. Sendeanlagen für die Teilnahme am Amateurfunk, die im Bereich unter 30 MHz erstellt und betrieben werden;
- f. Sendeanlagen für die Teilnahme am Amateurfunk im Bereich über 30 MHz, die ausschliesslich auf Frequenzen des Amateurfunks erstellt und betrieben werden können;

¹⁶ SR 946.512

- g. Funkanlagen, die von Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland provisorisch erstellt und nicht länger als drei Monate betrieben werden, wenn:
 - 1. ihr Erstellen und Betreiben im betreffenden Staat erlaubt ist, und
 - 2. ihre Leistung und ihre Frequenzen den durch das Bundesamt festgelegten Normen entsprechen;
- h. Sprech- und Navigationsfunkanlagen, die ausschliesslich in Luftfahrzeugen fest installiert, erstellt und betrieben werden und der Koordinierung des Luftverkehrs sowie dem sicheren Führen von Luftfahrzeugen dienen, soweit sie vom Bundesamt für Zivilluftfahrt zu diesem Zweck anerkannt sind. Letzteres informiert das Bundesamt über die anerkannten Anlagen;
- i. reine Funkempfangsanlagen, soweit nicht aus Gründen der Frequenzverwaltung technische Anforderungen notwendig sind oder sich aus internationalen Vereinbarungen ergeben. Das Bundesamt führt die Liste¹⁷ mit den reinen Funkempfangsanlagen, die einem Bewertungsverfahren unterliegen;
- k. leitungsgebundene Fernmeldeanlagen, die ausschliesslich zu technischen Versuchszwecken aufgrund einer zu diesem Zweck erteilten Bewilligung erstellt und betrieben werden;
- l. leitungsgebundene Fernmeldeanlagen, die aufgrund einer zu diesem Zweck erteilten Bewilligung an vom Bundesamt anerkannten Fachmessen vorgeführt werden;
- m. leitungsgebundene Fernmeldeanlagen, die ausschliesslich von diplomatischen Vertretungen, ständigen Missionen, konsularischen Posten und gouvernementalen internationalen Organisationen innerhalb ihrer Gebäude oder Gebäudeteile oder auf unmittelbar daran angrenzendem Gelände erstellt und betrieben werden.

² Die in Absatz 1 Buchstaben b–m genannten Ausnahmen beziehen sich auch auf Endeinrichtungen und Satellitenanlagen.

Art. 21 Handel

¹ Fernmeldeanlagen nach Artikel 20 Buchstaben b, c, g, k, l und m dürfen weder angeboten noch in Verkehr gebracht werden.

² Funkempfangsanlagen nach Artikel 20 Buchstabe i dürfen nur für das Abhören bewilligter Funksendungen angeboten werden. Das Bundesamt führt eine Liste der bewilligten Betriebsfunksendungen¹⁸.

Art. 22 Technische Versuche für leitungsgebundene Fernmeldeanlagen

¹ Wer eine leitungsgebundene Fernmeldeanlage nach Artikel 20 Buchstabe k durch Anschluss an die Anlagen eines Anbieters von öffentlichen Diensten erstellen und betreiben will, muss im Besitze einer Bewilligung des Bundesamtes sein.

¹⁷ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

¹⁸ Diese Liste kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel, bezogen werden

² Das Bundesamt erteilt die Bewilligung, wenn angenommen werden kann, dass die Bestimmungen von Artikel 3 eingehalten werden. Es begrenzt die Versuchsdauer auf höchstens 18 Monate und auf eine festgelegte Anzahl Anlagen.

³ Müssen die Anlagen bei Dritten erstellt und betrieben werden, haben Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller im Auftrag dieser Dritten zu handeln.

⁴ Die Anlagen müssen nach Ablauf der Bewilligung ausgeschaltet werden, wenn sie in der Zwischenzeit nicht zugelassen oder Gegenstand einer Konformitätserklärung wurden.

Art. 23 Vorfürhungen von leitungsgebundenen Anlagen an Fachmessen

Wer eine Fachmesse organisieren will, an der leitungsgebundene Anlagen nach Artikel 20 Buchstabe l Gegenstand von Vorfürhungen sind, muss beim Bundesamt eine Anerkennung der Messe und eine Bewilligung für die Ausstellenden beantragen, damit sie ihre leitungsgebundenen Anlagen an die Anlagen der Anbieterinnen von öffentlichen Diensten anschliessen können.

6. Abschnitt: Fernmeldeanlagen, die Gegenstand eines internationalen Abkommens sind

Art. 24

¹ Das Bundesamt führt die Liste mit den Fernmeldeanlagen, die Gegenstand internationaler Abkommen sind und angeboten und in Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie die Anforderungen dieser Verordnung erfüllen.

² Die Anerkennung einer Zulassung nach Artikel 14 und jene von Prüfberichten oder Konformitätsbescheinigungen nach Artikel 19 bleiben vorbehalten.

3. Kapitel: Anbieten, Inverkehrbringen, Erstellen und Betreiben von gebrauchten Fernmeldeanlagen

Art. 25

¹ Gebrauchte Fernmeldeanlagen dürfen nur angeboten, in Verkehr gebracht, erstellt und betrieben werden, wenn sie zum Zeitpunkt, an dem sie erstmals angeboten oder in Verkehr gebracht wurden, den damals geltenden Bestimmungen entsprechen. Artikel 31 bleibt vorbehalten.

² Gebrauchte Fernmeldeanlagen, in denen für ihre Funktion wichtige Bauteile geändert wurden, unterliegen den gleichen Bestimmungen wie neue Anlagen.

4. Kapitel: Kennzeichnung (Beschriftung)

Art. 26

¹ Alle Fernmeldeanlagen, die angeboten, in Verkehr gebracht, erstellt oder betrieben werden, müssen dauerhaft und leicht lesbar mit folgenden Angaben gekennzeichnet werden:

- a. Modell (Name und Bezeichnung der Anlage);
- b. Name des Herstellers oder des für das Inverkehrbringen verantwortlichen Lieferanten;
- c. Los- oder Seriennummer.

² Zusätzlich zu den in Absatz 1 aufgeführten Angaben müssen Fernmeldeanlagen, die einer andern Konformitätsbewertung als der internen Fabrikationskontrolle unterliegen (Anhang der Richtlinie für Satellitenanlagen), die Identifikationsnummer der für die Konformitätsbewertung oder die Zulassung verantwortlichen Stelle tragen.

³ Die Identifikationsnummer befindet sich auf der Fernmeldeanlage selbst. Die Beschriftung hat gut sichtbar und leicht lesbar zu sein und darf sich nicht entfernen lassen.

⁴ Das Bundesamt kann ausländische Identifikationsnummern oder andere Angaben betreffend die für die Konformitätsbewertung oder Zulassung verantwortliche Stelle anerkennen. Diese Identifikationsnummern ersetzen die in Absatz 2 aufgeführten Identifikationsnummern.

⁵ Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Angaben müssen für die Zulassung durch den Inhaber der Zulassung und für die andern Konformitätsbewertungsverfahren durch die für das Anbieten oder Inverkehrbringen verantwortliche Person angebracht werden.

⁶ Die in Artikel 24 Absatz 1 genannten Fernmeldeanlagen sind in Übereinstimmung mit entsprechenden internationalen Abkommen oder, wenn keine solchen Abkommen vorhanden sind, entsprechend dieser Verordnung zu kennzeichnen.

⁷ In Ausnahmefällen kann das Bundesamt die Identifizierbarkeit der Fernmeldeanlage auf andere Weise sicherstellen.

⁸ Es kann die notwendigen administrativen Vorschriften erlassen.

5. Kapitel: Kontrolle

Art. 27 Grundsätze

¹ Das Bundesamt kontrolliert, ob die angebotenen, in Verkehr gebrachten, erstellten und betriebenen Fernmeldeanlagen den Bestimmungen dieser Verordnung und seinen eigenen Vorschriften (Art. 33 Abs. 1 FMG) entsprechen. Die Zuständigkeit der Stellen für den Vollzug der Elektrizitätsgesetzgebung bleibt bezüglich bestimmter Aspekte der Kontrolle vorbehalten.

² Es führt zu diesem Zweck Stichproben durch. Falls Anhaltspunkte vorliegen, wonach eine Fernmeldeanlage nicht den Bestimmungen dieser Verordnung und jenen des Bundesamtes entspricht, führt es eine Kontrolle durch. Es ist ebenfalls ermächtigt, anlässlich eines Konzessionsgesuchs Kontrollen von Funkanlagen durchzuführen.

³ Es kann von der Eidgenössischen Zollverwaltung verlangen, dass sie ihm Auskünfte über die Einfuhr von Fernmeldeanlagen für einen bestimmten Zeitraum erteilt.

⁴ Die Anlageschutzverordnung vom 2. Mai 1990¹⁹ bleibt für die militärischen Fernmeldeanlagen vorbehalten.

Art. 28 Kontrollmittel

¹ Das Bundesamt ist im Rahmen von Kontrollen ermächtigt, die zur Prüfung der Konformität der Fernmeldeanlagen mit den Bestimmungen dieser Verordnung und seinen eigenen Vorschriften notwendigen Dokumente und Informationen anzufordern sowie die entschädigungslose Übergabe von Fernmeldeanlagen zu verlangen und sie durch eine in Artikel 19 bezeichnete Prüfstelle prüfen zu lassen.

² Wenn die für das Anbieten oder Inverkehrbringen verantwortliche Person die verlangten Auskünfte nicht oder nur teilweise in der vom Bundesamt festgelegten Frist liefern kann oder Grund zur Annahme besteht, dass die Fernmeldeanlagen den Vorschriften nicht entsprechen, kann das Bundesamt Prüfungen anordnen.

³ Es kann ebenfalls Prüfungen anordnen, wenn:

- a. Grund zur Annahme besteht, dass eine Zulassung, eine Konformitätserklärung oder andere vorgelegte Bescheinigungen der Anlage nicht entsprechen;
- b. aus der Konformitätserklärung nicht klar ersichtlich ist, dass die Fernmeldeanlage die verlangten Anforderungen erfüllt.

⁴ Die Kosten für die Prüfungen trägt die für das Anbieten oder das Inverkehrbringen verantwortliche Person, wenn:

- a. sie die verlangten Auskünfte nicht oder nur teilweise in der vom Bundesamt festgelegten Frist geliefert hat; oder
- b. die Prüfungen ergeben, dass die Fernmeldeanlagen die verlangten Anforderungen nicht erfüllen.

⁵ Vor der Anordnung von Prüfungen hört das Bundesamt die für das Anbieten oder Inverkehrbringen verantwortliche Person an.

Art. 29 Massnahmen

¹ Ergibt die Kontrolle oder die Überprüfung, dass die Bestimmungen dieser Verordnung oder jene des Bundesamtes verletzt wurden, so kann letzteres nach Anhörung der für das Anbieten oder das Inverkehrbringen verantwortlichen Person die entsprechenden, in Artikel 33 Absatz 3 des FMG festgelegten Massnahmen anordnen.

¹⁹ SR 510.518.1

² Es kann die getroffenen Massnahmen veröffentlichen.

Art. 30 Störungen

¹ Das Bundesamt hat jederzeit Zutritt zu Fernmeldeanlagen, die den Fernmeldeverkehr oder den Rundfunk stören, und kann die in Artikel 34 des FMG vorgesehenen Massnahmen ergreifen.

² Im übrigen gelten die Artikel 27 und 28 sinngemäss.

6. Kapitel: Übergangbestimmungen

Art. 31 Fernmeldeanlagen

¹ Folgende Anlagen erfüllen die Bestimmungen dieser Verordnung:

- a. die nach der Verordnung vom 25. März 1992²⁰ über Teilnehmeranlagen zugelassenen Fernmeldeanlagen;
- b. die nach der Radio- und Fernsehverordnung vom 16. März 1992²¹ von den PTT-Betrieben bewilligten Verbreitungs- und Weiterverbreitungseinrichtungen.

² Fernmeldeanlagen, welche die folgenden Bedingungen erfüllen, dürfen weiterhin erstellt und betrieben werden, ohne dass sie einer Konformitätsbewertung unterliegen, wenn sie:

- a. nicht der Verordnung vom 25. März 1992²² über Teilnehmeranlagen unterstellt waren;
- b. ab dem 1. Januar 1998 Gegenstand einer Konformitätsbewertung sein mussten;
- c. vor dem 1. Januar 1998 erstellt und betrieben wurden oder in allen Punkten dem Baumuster einer Serie entsprechen, das vor dem 1. Januar 1998 erstellt und betrieben wurde.

³ Die in Absatz 2 genannten Anlagen dürfen noch während zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung ohne Konformitätsbewertung angeboten und in Verkehr gebracht werden.

⁴ Wenn wichtige wirtschaftliche Gründe es erfordern, so kann das Bundesamt die Bewilligung erteilen, die Anlagen nach Absatz 3 durch identische Anlagen zu ersetzen.

Art. 32 Konformitätsbewertung durch das Bundesamt

¹ Fehlt die im Sinne von Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und c genannte Konformitätsbewertungsstelle, so übernimmt das Bundesamt die Aufgaben der Konformitätsbewertungsstelle in den Verfahren Baumusterprüfung (Anhang I der Richtlinie für Endeinrichtungen), Konformität mit dem Baumuster (Anhang II der

²⁰ AS 1992 901, 1993 2551, 1995 749 5241

²¹ AS 1992 680 2516, 1993 3357, 1994 3083 3084, 1995 1406, 1996 2243

²² AS 1992 901, 1993 2551, 1995 749 5241